

EU-AKTIONSPLAN

Management der Misere

Mit viel Aufwand setzt die EU-Kommission im Anti-Drogen-Kampf Aktionspläne ein. Sinnvolles Instrument zur Vereinheitlichung der europäischen Drogenpolitik - oder nur warme Luft?

"Ja, mach nur einen Plan / Sei nur ein großes Licht! Und mach dann noch 'nen zweiten Plan / Geh' n tun sie beide nicht." Brecht ist passé, Planwirtschaft liegt allerdings wieder im Trend. Besonders in Europa: EU-Politik, ob im Bereich Kioto, Beschäftigungs- oder Frauenpolitik, wird zunehmend über so genannte Aktionspläne abgewickelt. Auch die europäische Drogenpolitik schließt sich seit einigen Jahren dieser Tendenz an. Was auf den ersten Blick an die Fünfjahrespläne der DDR erinnert, folgt laut europäischem Drogenobservatorium der "logic of modern management techniques". Strategie, Aktionsplan, Evaluierung heißen die Zauberworte. Die allgemeineren Vorgaben des EU-Aktionsplans werden von den Mitgliedstaaten wiederum durch nationale Strategien und Pläne umgesetzt.

Papiertiger

Einen ersten europäischen Drogenaktionsplan gab es schon von 1995 bis 1999, ein zweiter, von 2000 bis 2004, läuft soeben aus. Im Vergleich zu Aktionsplänen in anderen Politikbereichen ist er allerdings eher ein Papiertiger: Strenge Kontrollen oder gar

Sanktionen gibt es nicht, genauso wenig wie ein Zeitplan oder eine Evaluierung vorgeschrieben sind. Die für die Anti-Drogenpolitik zuständige Funktionärin bei der Generaldirektion Justiz und Inneres der Kommission erklärt dies mit den sehr unterschiedlichen nationalen Herangehensweisen an die Drogenproblematik: "Pour l'instant malheureusement, l'Union européenne ne peut donner que des lignes guides qui inspirent les plans d'action nationaux, mais qui ne sont pas transposées comme telles dans les législations ou les pratiques nationales."

Für den Bereich Repression gilt das allerdings nicht mehr: Ende Oktober stimmte der EU-Rat nach dreijährigen Verhandlungen einem Rahmenbeschluss im Umgang mit dem Drogenhandel zu. Eine Harmonisierung etwa im Bereich der Quantitäten, ab denen Drogenkonsum strafbar ist, wird es dagegen wohl so bald noch nicht geben.

Henri Grün von der Luxemburger Drogenberatungsstelle "Jugend- an Drogenhölle" würde eine europäische Harmonisierung sinnvoll finden, "wegen der Glaubwürdigkeit und der Kohärenz der Normen, gerade für die Präventionsarbeit. Beim Alkohol am Steuer verlangen die einen 0,0 Promille, die anderen 0,5 und wieder andere 0,8. Beim Konsum von Haschisch gilt allein in Deutschland in jedem Bundesland eine andere Norm." Eine solche Vereinheitlichung könnte allerdings auch das Risiko bergen, dass Inseln des Fortschritts in der Drogenpolitik wegradiert werden.

Bock zum Gärtner

Bis es im Drogenbereich zu einer wirklichen EU-Politik kommt, gibt es die Aktionspläne. Jener von 2000-2004 sah Maßnahmen in folgenden



Es gibt noch keinen Masterplan im Kampf gegen die Drogen. (Foto: Thinkbigdesign)

Bereichen vor: Koordination und Evaluierung der Drogenpolitik, Reduzierung von Angebot (Repression) und Nachfrage (Prävention und Therapie), Vorbereitung auf die EU-Erweiterung im Bereich der Drogenbekämpfung, internationale Zusammenarbeit. Unterschiede zwischen dem soeben abgeschlossenen und dem Anfang nächsten Jahres startenden europäischen Aktionsplan sieht die zuständige Kommissionsbeamtin vor allem, was die Auswertung betrifft. Im neuen Aktionsplan ist nämlich explizit festgehalten, dass eine solche auch auf Länderebene stattfinden soll - eine Premiere.

Doch gemacht wird die von jenen Ministerien, die auch schon die Pläne aufgestellt haben. Die EU-Kommission

begleitet oder überprüft nicht vor Ort. Kein Wunder, dass das Europäische Drogenobservatorium kritisch merkt, "that the adoption of a formal commitment through an official document does not necessarily mean that there is action on the ground." Und die EU-Kommission schreibt selbst in der Evaluierung ihres Aktionsplans, nichts erlaube zu behaupten, die Toxikomanie sei in Europa wesentlich eingedämmt worden, weniger Jugendliche würden Drogen konsumieren oder es seien weniger Drogen erhältlich.

Ob das beim nächsten Aktionsplan anders sein wird, der für 2005 bis 2008 angesetzt ist? Luxemburg, das ab Januar die EU präsidiert, wird gefordert sein, dafür zu

sorgen, dass der Plan innerhalb der nächsten Monate steht. Im Februar will die EU-Kommission einen ersten Entwurf für den neuen Plan herausgeben.

Auch User-Gemeinschaften, die sich für die Legalisierung des Drogenkonsums einsetzen, sind skeptisch. So meint Joep Oomen von der "European Coalition for just and effective drug policies" im Internet: "Two consecutive Action Plans have failed to produce any concrete result." Und bedauert, dass die auf EU-Ebene immer wieder angekündigte Einbeziehung der Zivilgesellschaft nie stattgefunden habe.

Zivilgesellschaft außen vor

Die EU-Kommission gibt selbst in ihrer Auswertung des Drogenaktionsplans 2000-2004 hier Mängel zu. Dafür richtete sie für die Vorbereitung des zukünftigen Aktionsplans eine Webseite ein, auf der Interessierte aufgefordert wurden, ihre Kommentare per Mail abzugeben. Das europäische Parlament könnte nun noch die Ausrichtung des neuen Plans über einen Bericht beeinflussen, der in diesen Wochen diskutiert und am 15. Dezember abgestimmt wird. Berichterstatteur Giusto Catania (GUE) hat einen äußerst kritischen Entwurf vorgelegt, in dem er eine Entideologisierung der europäischen Drogenpolitik und ein klares Budget für die Umsetzung des Plans sowie Minimalstandards für Aktionen zur Schadensbegrenzung der Auswirkungen des Drogenkonsums fordert. Der Plan müsse weit stärker auf die Wiederherstellung der Gesundheit von Toxikomanen ausgerichtet werden, die oft in Situationen von Marginalität und sozialer Ausgrenzung lebten, als auf eine längst gescheiterte Repressionsstrategie.

Renée Wagener

LUXEMBURG

Messlatte für die Drogenpolitik

Achtzig Prozent des Luxemburger Drogenaktionsplans wurden verwirklicht. Nur nicht die Projekte, die politischen Zündstoff bargen. Und das Drogenproblem in Luxemburg ist so offensichtlich wie nie.

(rw) - Luxemburg gehört nicht zu den Pionieren, wenn es um die Umsetzung europäischer Drogenpolitik geht. Der erste europäische Aktionsplan 1995-1999 wurde nicht auf nationale Ebene dekliniert. Erst mit dem liberalen Gesundheitsminister Carlo Wagner kam es zu einem Luxemburger Drogenaktionsplan, der die Jahre 2000 bis 2004 abdeckte. Alain Origer, seit 2000 nationaler Drogenkoordinator für Luxemburg, sieht ein Verdienst des europäischen Aktionsplans darin, dass er immer mehr EU-Mitgliedstaaten dazu brachte, sich eine nationale Strategie und einen Plan zu geben. Mit einer solchen Messlatte lasse sich struktu-

rierter und zielorientierter arbeiten. Allerdings fußte der Luxemburg Plan bislang weder auf einer ausformulierten Strategie, noch war er offiziell vom Regierungsrat angenommen worden. Das soll diesmal, unter Wagners Nachfolger Mars di Bartolomeo (LSAP) anders werden: "Der neue Aktionsplan 2005- 2009 ist so gut wie fertig, und er wird auch den Regierungsrat passieren", so Origer.

Liste abgehakt

Ein Aktionsplan, der von der Regierung abgesegnet ist, könnte auch für mehr Transparenz und Kontrolle ihrer Politik sorgen - wenn Hilfsorganisationen und Zivilgesell-

schaft mit einbezogen werden. Doch beim nun abgeschlossenen Plan war der Drogenkoordinator sowohl für die Ausarbeitung als auch für die Evaluierung zuständig: "Dieser Plan war eher eine Liste Maßnahmen, und die Auswertung beschränkte sich darauf, zu checken, welche davon durchgezogen wurden und welche nicht.

Dafür braucht man keine Evaluierung von außen," meint Alain Origer. Henri Grün von der Hilfsstelle "Jugend- an Drogenhölle" bemängelt dies allerdings: "Es gab keine gemeinsame Evaluierung der Projekte, bei der untersucht worden wäre, was getan wurde, ob das, was getan wurde, sinnvoll war und

wo weiterer Handlungsbedarf besteht."

Beim nächsten Plan soll zumindest nicht nur die Umsetzung selbst, sondern auch der konkrete Niederschlag der Maßnahmen unter die Lupe genommen werden. Ob in Zukunft auch mehr auf Transparenz gesetzt wird? Wer etwa die Web-Seite des deutschen Gesundheitsministeriums besucht, kann dort nationalen Aktionsplan und Evaluierung herunterladen. Auf der Luxemburger Seite: gähnende Leere.

Achtzig Prozent des alten Plans sind tatsächlich umgesetzt worden. Dazu gehört zum Beispiel die Erweiterung des Auffangzentrums Abrigado. Im Bereich Therapie wur-

den neue betreute Wohnstrukturen geschaffen. Wohnungshilfe für Ex-UserInnen sowie ein Frühwarnsystems im Bereich der synthetischen Drogen sind weitere Neuerungen.

Zwei besonders innovative und deshalb auch kontroverse Projekte, die im Plan vorgesehen waren, sind jedoch nicht zustande gekommen: die Einführung einer Fixerstube und das Umsetzen eines Pilotprojekts zur kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige. Das Dossier Fixerstube wird seit zwei Jahren von der Stadt Luxemburg blockiert. Spätestens seit der Zuspitzung der Situation in Bonneweg und Bahnhofsviertel - das wurde beim Hearing in Bonneweg deutlich - scheinen die Gemeindeverantwortlichen aber einzusehen, dass eine Fixerstube ihrem Wunsch entgegenkommen würde, die Toxikomanen "von der Straße" zu kriegen.